

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Grundpreis bis 23 mm breite mm-Zeile im Anzeigenblatt 16 Rp., bis 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,50 RM. Nach 1000 Rp. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Beleggebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rp., auschl. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugpreise:** Bei freier Zustellung ins Haus **2,00 RM.** einchl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM., einchl. 45 Rp. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Abrechnungsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rp., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rp.

**Postadresse:** Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Druckverteiler Sammelnummer 24601, Fernverteiler 11194, 20024, 27981-27983 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktorstr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366  
 Postfach: Dresden 2060 • Nichtangelegene Einblendungen ohne Rücksicht werden weder juristisch noch aufbewahrt. • Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörungen haben unsere Bezüger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entsprechenden Zeithefts

Nr. 107 / 43. Jahrgang

Mit der Beilage „Technische Umschau“

Donnerstag, 9. Mai 1935

## Scharfe englische Kritik an Versailles

Risikone bei Lavals Russlandreise - Das neue polnische Wahlgesetz - Frau Scholz-Klink über den Sinn des Muttertages

### Das Echo der Oberhausdebatte

Englische Verhandlungsbereitschaft - Der Einfluß der Dominions

Telegramm unseres Korrespondenten

**A. London, 8. Mai**  
 Die gestrige Oberhausdebatte findet in der heutigen Morgenzeitung eine höchst aufmerksame und im allgemeinen auch zustimmende Beachtung. Man betrachtet die Erklärung des Unterhauses als Vorstudie zu einer neuen englischen Einladung an Deutschland, und die meisten englischen Blätter veröffentlichen die Debatte unter der Überschrift „Herausforderung an Deutschland, seine Vorläufer, auf den Tisch des Hauses zu legen“.

In hiesigen politischen Kreisen wartet man mit Spannung auf die demnächst erscheinende deutsch-englische Verhandlungsbereitschaft. Im Gegensatz zur parlamentarischen Ansicht ist es in parlamentarischen Kreisen die Ansicht, daß eine parlamentarische Erklärung nicht in den meisten Blättern sehr wohlwollend General Göring's Erklärung, daß Deutschland bereit sei, ein Rüstungsabkommensvertrag mit Vorkauf abzuwickeln, als höchst bedeutsam betrachtet.

Der britische „Times“ veröffentlicht das parlamentarische Unterhausmitglied Boothby einen in Form eines verhandlungsbereiten Artikels. Boothby, der einer der aufgeschlossenen jüngeren konservativen Abgeordneten ist, und selbst mehrfach in Deutschland war sowie die deutschen Verhältnisse ziemlich genau kennt, hat sich mit verständlicher Zurückhaltung die „wichtigsten“ verhandelbaren Punkte der „Versailles-Verträge“ genannt.

Die englische Regierung benutzt die Gelegenheit der Annäherung der Premierminister an den großen Dominionen zu eingehenden Besprechungen über die internationale Lage. Gestern haben die Minister mehrere Stunden zusammen, und morgen wird im Unterhaus eine weitere Aussprache stattfinden.

Die parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ mitteilen wohl, haben die Vertreter der Dominionen sich für ein System kollektiver Sicherheit

zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa ausgesprochen. Mit ganz besonderem Nachdruck haben sie, obwohl sie Deutschlands angebliche „einseitige Vertragsverletzung“ — um die Wiener Punkte zu gebrauchen — „mildtilligen“, gefordert, daß die Forderung für eine Teilnahme Deutschlands „weit offen gelassen werden muß“, aus dem einzigen Grunde, weil „ein wirklich dauernder Frieden ohne Deutschlands Mitarbeit unmöglich sei“.

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, sind die Besprechungen aber weiter gegangen, als es dieser Bericht der „Times“ erkennen läßt. Macdonald's Unterhausrede der vergangenen Woche ist, wie wir separat berichtet, auf Veranlassung der Dominionen im Ton wesentlich milder gewesen, als dies nach seinem Artikel im „News Pette“ zu erwarten stand. Auch bei der gestrigen Besprechung haben die überseeischen Premierminister noch einmal Wert auf die Feststellung gelegt, daß sie sich durch von England eingegangene oder einzugehende Verpflichtungen auf dem Kontinent nicht gebunden gefühlt. Diese Tatsache wird noch dadurch unterstrichen, daß die englische Regierung künftig im Gegensatz zur bisherigen Praxis nicht vor jeder Entscheidung die Dominionen beratend oder um Rat fragen wird. Praktisch bedeutet dieser Beschluß, daß England in den europäischen Fragen völlig freie Hand hat.

Die Dominionen werden auch künftig über alle Entscheidungen auf dem laufenden gehalten, aber da die Besprechungen in manchen Fällen erst nach der Beschlussfassung erfolgt, hat man noch einmal nachdrücklich unterstrichen, daß dadurch für die Dominionen keine formalen Verpflichtungen entstehen. So verläßt, daß sich besonders Kanada und Südafrika gegen irgendwelche neuen europäischen Bindungen ausgesprochen haben.

## Gerechtigkeit für Deutschland!

Das Oberhaus kennzeichnet die Unvernunft von Versailles und die Genfer Methoden

London, 8. Mai

Im Oberhaus fand am Dienstag eine durch einen Antrag Lord Dickinson, eingeleitete Aussprache über die neuen Deutschland gerichtete Entscheidung des Völkerbundes vom 10. April statt. Der Antrag lautet:

Das Oberhaus bedauert die Annahme der dritten Schlichtungsphase der Kaiserlich-Königlichen, da sie erkennen ist, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Nationen in einem Augenblick zu unterbrechen, wo alles getan werden sollte, um eine freundschaftliche Zusammenarbeit zu handhaben. Das Oberhaus erwidert die Verantwortung, im Einklang mit den anderen Mächten die Verhandlungen mit Deutschland auf einer Linie wiederanzunehmen, die für das deutsche Volk ausnehmbar ist und einen dauerhaften Frieden in Europa sichern wird.

Vord Dickinson erklärte zur Begründung seines Antrags zunächst, daß er nicht notwendigerweise eine Ablehnung hierüber herbeizuführen wünsche, sondern er suche hauptsächlich eine Gelegenheit zu einer Erörterung der laufenden Verhandlungen. Bei der Arbeit für den Frieden müßten neue Methoden ausprobiert und an neue Bestimmungen appelliert werden. Das beziehe sich besonders auf Deutschland, wo die neue Generation rapid ihre Rechte geltend mache. Die deutsche Regierung vertrete die Ansicht, daß die anderen Mächte ihr Wort nicht gehalten hätten, und daß daher der Abrüstung fehlende Teil des Versailler Vertrags für Deutschland nicht länger bindend sei.

Diese Auffassung sei nicht unvernünftig. Vord Dickinson besahe sich dann im einzelnen mit der Entscheidung des Völkerbundes vom 10. April, die er als unglücklich bezeichnete. Die Scheidung Europas in zwei Lager, nämlich Deutschland und den Völkerbund, werde unvermeidlich sein, wenn der Völkerbund erzwungen werde, diese Politik weiter zu verfolgen. Dicker habe klar und deutlich seinen Wunsch nach Frieden am Ende

des bedacht. Die Mächte des deutschen Volkes wünschten den Frieden. Nach Vord Dickinson sprach der frühere britische Vorkämpfer in Rom, Vord Kennell, der ebenfalls das Versagen des Völkerbundes tadelt. Der oppositionelle liberale Vord Kottifone schloß sich dem Antrag Dickinson an.

„Im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit“

an. Auch sei es Zeit, die Katastrophe der Isolierung Deutschlands zu vermeiden, die in einem neuen Arten ausmünden müßte. Vord Kottifone, der zu den britischen Abgeordneten in Versailles gehörte, schilderte hierauf den Vorgang der von Deutschland erzwungenen Unterschrift. Die Geschichte werde zeigen, daß nicht Deutschland, sondern die anderen Mächte ihr in Teil V abgegebene Versprechen nicht erfüllt hätten. Er sei sehr davon überzeugt, daß es auch nicht einen einzigen Deutschen gebe, der Streitigkeiten mit England wünsche.

Es sei jetzt, das alles, was deutscherecht sein würde, besonders in England als Feindschaft gegen alle anderen ausgedrückt würde, daß aber keine Notiz davon genommen werde, wenn andre genau das gleiche täten.

Während der vielen Wochen, die er kürzlich in Deutschland angedacht habe, sei er zu dem Schluß gekommen, daß die Deutschen ein sehr anständiges, freundliches Volk seien. Die Vorstellung, daß sie Englands natürliche Feinde seien, sei ihnen ebenso fremd wie ihm selbst. Der Redner besahe darauf, daß Deutschland immer von neuen Kritikern krißelt werde, die das Land nicht besucht hätten.

Vord Allen gab der Überzeugung Ausdruck, daß die britische Regierung heute eine größere Bereitschaft zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Deutschland habe als seit geraumer Zeit.

Vord Allen besahe sich dann mit den deutschen Vorkämpfern und fragte, was an ihnen als moralisch an-

### Weitere Mobilisierung in Italien

Deftige Sprache in der Presse und in der Kammer gegen Abessinien

Telegramm unseres Korrespondenten

Rom, 8. Mai

Eine offizielle Mitteilung gibt bekannt, daß auf Befehl des Arzengeministers Mussolini die reguläre Division Sabauda (Standort Cagliari auf Sardinien), zwei Schwarzebendivisionen und einige weitere Militäreinheiten mobilisiert worden sind. Gleichzeitig hat der Kommandant der ost-afrikanischen Kolonie, General de Sona, die erste italienische Kavalleriedivision mobilisiert. Früher dem wird ebenso, wie es bei den beiden bereits nach Ostafrika entsandten Divisionen Feltriana und Maniana der Fall war, für die jetzt mobilisierte reguläre Division Sabauda der Heeresdivisionen 1918 einberufen und daraus die Erziehungsklasse Sabauda II aufgestellt. Das die Schwarzbenden in Divisionen zusammengefaßt werden, ist neuartig. Das italienische Wehrsystem sieht lediglich die Instruktion von Schwarzbendebatalionen zu den Divisionen der regulären Armee für den Krisenfall vor. Man darf daher annehmen, daß es sich bei den beiden nach den bisherigen Daten „25. März“ und „28. Oktober“ benannten Schwarzbendebatalionen, die jetzt mobilisiert werden, um Arzengeministerverbände handelt.

Das amtliche Kommunikationsdepartement dieser Maßnahmen damit, daß Abessinien sich von europäischen Staaten, die in Rom wohlbekannt seien, mit Waffen und Kriegsmaterial versorgen lasse und, wie auch die letzte Ansprache des Regens zeigt, umfassende Streikvorkehrungen treffe. Die Kommentare der italienischen Presse sind ganz auf diesen Ton abgestimmt. Alle italienischen Zeitungen berichten die neuen Maßnahmen als „Verteidigungsmaßnahme“. „Giornale del Popolo“ schreibt, man sehe in Abessinien einer Vorsegen gegenüber, die getrübt werden müßte, denn längere Forderung sei unmöglich. Es gehe um das Prestige und das Wohl Italiens. Die militärischen Maßnahmen und die Forderung Abessinien hätten entsprechende Gegenmaßnahmen zur Verteidigung Italiens auslösen müssen. Trotz der Vorläufe für die kolonialen Erfordernisse würden auf dem Kontinent weiter 600.000 Mann zur Sicherung gegen jedes Ereignis unter den Waffen bleiben. „Avvero Avvero“ nennt die Haltung der abessinischen Regierung „provokatorisch“ und erklärt, die jüngsten äthiopischen Vertreibungen seien „systematische Vorbereitungen zum Angriff“. Die italienische Öffentlichkeit wurde auf die Mobilisierung durch die Nachricht vorbereitet, daß ein italienischer Beamter der Kolonie

eritten bei Mogila am 4. Mai von Abessinien ermorde worden sei.

In der Deputiertenkammer eröffnete gestern Unterstaatssekretär Vespona die Debatte über den Kolonialetat mit einer Ansprache, die sich auf die italienischen Vorbereitungen als „Verteidigungsmaßnahmen“ bezog. Vespona führte aus, der italienische Abessinien-Vertrag habe „Italien eine besondere Stellung“ zuerkannt. Dann laute es, im äthiopischen Kaiserreich finde man die ererbte Verfassung afrikanischer Völker, die durch Jahrhunderte hindurch die Tradition der Unabhängigkeit aufrecht erhalten haben. Durch eine andere afrikanische Völkerform: die Abessinier. Er erklärte es als einen schweren Irrtum, daß der Völkerbund Abessinien in die Reihe der „zivilisierten Völker“ aufgenommen habe, und selbst keine Rede von den Worten, der afrikanische Kontinent sei „ein umfassendes Problem, das die gesamte europäische Kulturmission betreffe und nicht nur die Sicherheit unserer Kolonien“.

Die neue Mobilisierung und die stammernde Vespona bewiesen, daß Italien neben seinen europäischen Zögern den Konflikt mit Abessinien durchwegs nicht außer acht lasse, sondern ihn vielmehr mit allen Mitteln zu einem erfolgreichen Ende in seinem Sinne führen will und dabei sowohl juristisch wie moralisch die Ziele des Verteidigungskrieges aufstellt.

### Mussolini's Versprechungen an Ungarn

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 8. Mai

Die „Censure“ mittels, hat Mussolini auf diplomatischem Wege in Paris und London die Anregung übermittelt lassen, daß zur Regelung der Wiederaufrichtung Österreichs, Ungarns und Bulgariens möglichst bald eine besondere Konferenz nach Genf oder nach Venedig einberufen werde. Durch die Abtrennung der Abrüstungsfrage sollten die Erholungsarbeiten der Tonankontoren in Rom erleichtert werden. Auf der Konferenz in Venedig habe Ungarn durchgehend, daß nach vor dem Aufkommen der Tonankontoren in Rom Mussolini eine unangenehme Überraschung abgibt. Er werde sich dann sowohl im Prinzip für die Wiederaufrichtung Ungarns aussprechen, wie auch für die Organisation eines Verhältnisses zur praktischen Durchführung des Revolutionsartikels 10 im Völkerbündnis.

### Unterstaatssekretär Vord Stanhope antwortete für die Regierung:

Er hoffe immer noch, daß ein Rüstungsabkommen möglich sein werde. Zahlreiche Redner hätten ausgesagt, daß Macdonald und Simon in ihren in der vergangenen Woche gehaltenen Reden eine eindeutige Einladung an Deutschland hätten ergehen lassen. Er erinnere an die Regierung Simons, daß Deutschland durch seine kürzlichen Handlungen das Gefühl der Sicherheit in Europa ernstlich erschüttert habe und daß es dieses Gefühl nicht durch Worte, sondern durch Handlungen wiederherstellen könne. Was den Vorschlag auf eine Wiederbelebung der Abrüstungskonferenz angeht, so hoffe England, eine Basis von 200.000 Mann für alle Hauptländer Europas zu erreichen. England erwarte von Deutschland sehr einige endgültige Vorschläge; es müßte abgepasst werden, ob Vorschläge für einen Zustritt entsprechend den englischen Vorschlägen gemacht würden. Vord Dickinson, der den Antrag über die Wiener Entscheidung eingebracht hatte, erklärte zum Schluß, daß der hiermit beabsichtigte Zweck durch die Aussprache erreicht worden sei, so daß er nunmehr den Antrag wieder zurückziehen könne.

schärfbar ausgelegt werden könne. Was die Vord-Kreistärke betreffe, so fordere Deutschland eine Höchstzahl von 50.000 Mann. Wenn man Deutschland mitreue, warum nehme man dann nicht die gleiche Haltung gegenüber Sowjetrußland ein, das bereits 500.000 Mann besäße? Ueber Deutschlands Pläne könne verhandelt werden, und er empfehle die Ausarbeitung eines endgültigen Planes. Vord Noel Burton sprach von seinem kürzlichen Besuch in Deutschland und erklärte, das tiefe Gefühl der Ungerechtigkeit, das in Deutschland empfunden werde, habe auf ihn starken Eindruck gemacht.

In Frankreich erhoffe man eine Politik der Entzweiung, die aber England nicht mitmachen dürfe.

Im weiteren Verlauf seiner Rede übte Vord Noel Burton an der deutschen Innenpolitik Kritik und sagte, wieder zur Außenpolitik übergehend, zum Schluß wortlich folgendes: „Wir müssen erkennen, daß es ein Glück ist, daß Hitler sehr eng und unglücklich ist. Er ist der Ansicht, daß Englands Aufgabe darin besteht, ein Mittel zwischen Deutschland und Frankreich zu sein. Er hat einige seiner staatsmännischen Fähigkeiten bewiesen. Er hat sich mit Polen in einer Weise befaßt, die niemand für möglich gehalten hat. Er hat das getan, was die unglücklichste Aufgabe in Europa zu sein schien.“ Dann nahm Vord Cecil das Wort zu einer Rede, die in der Hauptsache gipfelte, daß die junge Generation in Deutschland in den letzten zwei Jahren in militärischem Sinne erzogen worden sei, was Vord Kottifone zu der Zwischenfrage ver-